

Jour fixe vom 11.03.19 –

Klimapolitik 2019: Schlecht gemachte Menschheitsrettung oder imperialistische Energiepolitik?

Zum Thema Klimapolitik liegt ein Papier mit sieben Thesen vor (siehe Anhang). Der Anlass ist die aktuelle Schüler- und Studenten-Protestwelle. Die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg hatte angefangen, freitags nicht mehr in die Schule zu gehen und für eine bessere Klimapolitik zu streiken. Dem haben sich inzwischen Tausende Schüler in vielen Ländern angeschlossen. Anhand der Thesen sollte hier eine Verständigung erfolgen, ob diese die nötige Klarstellung zum Thema erbringen.

Die Zeitschrift Gegenstandpunkt hat schon mehrere Artikel über Klimapolitik geschrieben und behauptet, dass die auf nichts anderes hinausläuft als die Konkurrenz um die Energiepolitik, also darin aufgeht, wie Staaten sich auf Regeln darüber einigen. (Vgl. z.B. Leserbrief in GS 3-10)

— *In der ersten These wird so getan, als wäre es schlagend, dass die verkehrt liegen. Auch in der zweiten These: „Wer so redet und sich beschwert, der könnte schon an der eigenen Beschwerde merken, dass es anders sein muss.“ Ist damit gemeint, dass der Beschwerdeführer selbst nicht das Subjekt „der Mensch“ sein kann, über das er klagt, weil er selbst ist ja gar nicht so ein Dreckschwein. Oder soll er es daran merken, dass er Betroffener und Adressat gleichzeitig ist? Liegt darin das Dementi des Subjekts Mensch?*

— *Was ist falsch an: Der Mensch versaut das Klima, der soll mal was tun? Wenn es der Mensch ist, warum braucht es dann die Appelle an sich, warum tut er es dann nicht einfach? Warum stellt sich Greta hin und wirft den Politikern vor, sie hätten versagt und sollen jetzt etwas tun. Das zeugt davon, dass man um die eigene Machtlosigkeit weiß. Weil es eben nicht „der Mensch“ ist, der da etwas (Klimaversauendes) tut.*

— *Es wird auf der Schiene der falschen Abstraktionen argumentiert, wie „unsere Zukunft“. So reden die Erwachsenen daher; z. B. „wir haben die Zukunft von unseren Kindern nur geborgt“. Alle reden sie von Menschheit, einmal als Betroffene, dann als Verursacher und drittes als die Zuständigen dafür, dass sich was ändert.*

— *Man kann der Behauptung „der Mensch versaut das Klima“ entnehmen, in welche Widersprüche sich der Beschwerdeführer da verwickelt und welche Fehler er begeht. Er selbst schließt sich aus den Menschen aus, die das Klima versauen; er ist es schon mal nicht. Von anderen Menschen werden seine Beschwerden anscheinend zur Machtlosigkeit verdammt. Die müssen andere Zwecke haben als der Beschwerdeführer. Sonst müsste er sich nicht beschweren. Daran widerlegt sich das. Man wendet sich mit der Beschwerde an jemanden, der was ändern soll. Also ist das kein einheitliches Subjekt Mensch.*

— *Mein zweiter Einwand richtet sich gegen den Satz: „Der kritisch und protestierend vorgetragene Bedarf nach mehr Rücksicht auf die allgemeinen natürlichen Lebensgrundlagen ist offensichtlich sehr machtlos“. So offensichtlich ist es doch gar nicht: Sie machen sich gerade auf, agitieren andere Menschen, sprechen die Politik an.*

Seit dem Kyoto-Protokoll sind ca. 30 Jahre ins Land gegangen und es ist nichts passiert. Das ist mit „offensichtlich“ gemeint. Ergänzend zu den schon gemachten Erläuterungen könnte man fragen: Woher kommt es, dass jeder irgendwie involviert ist in ein System, das offensichtlich rücksichtslos ist gegen die Schädigungen, die an Natur und Klima so passieren? Wenn das System offensichtlich solche Rücksichten nicht kennt, wer setzt dann die Maßstäbe dafür? Das ist offensichtlich nicht man selbst. Man selbst fordert gerade die Rücksichten ein. Das hängt zusammen mit dem Ersten. Der Mensch ist es offensichtlich nicht, der CO₂ in die Luft bläst, also die Rücksicht gar nicht kennt, die jetzt eingefordert wird.

— *Dazu noch ein Zitat von Greta Thunberg: „Ich will die Führer der Welt nicht um unsere Zukunft anbetteln. Ich werde stattdessen die Menschen auf der ganzen Welt bitten, zu erkennen, dass unsere politischen Führer versagt haben.“ Da sagt sie explizit nicht, man sei eine große Gemeinschaft, sondern sie meint, man müsse unsere Führer aufrütteln. Das muss man doch*

erklären.

Da führt Greta Thunberg genau das vor, im Namen der Menschheit die Politik anzuklagen.

— *Wenn sie sagt „unsere Führer haben versagt“, unterstellt sie denen eine gemeinsame Absicht und tut so, als hätten sie es nicht geschafft. Deswegen will sie die Menschen aufrütteln, den Führern auf die Füße zu treten. In der Form wird mit den Führern eine Gemeinsamkeit aufgemacht, kein Gegensatz zu denen gesehen. Wobei es ein Widerspruch ist, festzustellen, dass die Führer der Welt nicht machen, was man für richtig hält und sie trotzdem dazu auffordert, das zu tun.*

— *Sie will erstmal erreichen, dass alle sich betroffen sehen von den ausufernden Schädigungen des Weltklimas. Mit dieser Logik der Betroffenheit kommt sie auf die Politik. Insofern finde ich es in der zweiten These nicht gelungen zu sagen, da wäre es „vernünftiger“, der „Frage nachzugehen“, welchen Akteuren und Interessen gegenüber die Beschwerde machtlos ist, als „so zu tun als brauchten ‚wir alle‘ nur mehr guten Willen“. Das meint sie ja gerade: Weil alle betroffen sind, läge es an allen, sich an die Politiker zu adressieren. Die an ihrer Vernunft zu packen, finde ich an der Stelle sachfremd. Denn sie argumentiert mit der Betroffenheit. Darin steckt der Fehler. Wenn man die Betroffenheit zum Argument macht, dann fragt man nicht mehr nach der Sache, die einen geschädigt hat, nicht mehr nach den dahinterstehenden Interessen. (Da wäre man bei der Notwendigkeit, den Ursachen und Gründen, warum es zu solchen Zuständen kommt.) So macht sie die Dringlichkeit eines Weltanliegens vorstellig.*

Da werden jetzt zwei verschiedene Argumentationen gegeneinander gehalten. Das Erste ist wichtig, darauf einzugehen, welche Problemlage aufgemacht wird. Es wird ein gemeinsames Anliegen postuliert. Es wird davon ausgegangen, dass es eine Gemeinsamkeit gibt, die in der gemeinsamen Betroffenheit liegt. Niemand kommt dem sich verändernden Klima aus. Alle sind davon betroffen, allen drohe gleichermaßen, dass der Menschheit das Klima vernichtet wird. Das muss man beweisen, warum das falsch ist.

— *Vom Denken in Betroffenheit kommen die Abstraktionen, wir hätten alle eine Gemeinsamkeit und von daher wird so getan, als gäbe es quasi einen natürlichen Übergang dazu, gemeinsam zu protestieren, weil man in der Sache einig sei. Das stimmt gar nicht.*

Das muss man erklären. Die Anführerin der Schülerproteste arbeitet sich an einem allgemeinen Menschheitsproblem ab, für welches sich alle einsetzen müssten. Das ist etwas anderes, als dem Material nachzugehen, den Beispielen, auf die sich berufen wird, wenn die Klimakatastrophe benannt wird: absaufende Südseeinseln, Dürrekatastrophen oder dass es in einigen Jahren so heiß sein wird, dass das Eiweiß im Menschen stockt. So etwas wird zitiert. Aber nicht um zu forschen, woher das kommt, wie es dazu kommen konnte, ob man das haben will oder nicht. Alles wird zitiert für den Gedanken: das ist ein allgemeines Problem; alle sind betroffen, stecken in der gleichen Notlage. Das wird als Ausgangspunkt der ganzen Debatte in die Welt gesetzt. Weswegen alle gemeinsam aufgefordert werden, sich dem fingierten Menschheits-Problem zu widmen.

Der Ausgangspunkt ist die aufgemachte Betroffenheit der gesamten Menschheit – angesichts dessen, dass die Folgen, die Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Leute, die verschiedenen Interessengruppen, Länder usw. sehr unterschiedlich sind. Hier wird so getan, als würde die Betroffenheit alle gleichermaßen treffen. Das ist der Fehler.

Die Thesen sind durchaus auch provokativ gemeint, als Grundlage für eine Debatte zum Thema. Wenn da eine kollektive Betroffenheit zitiert wird, kann man darauf verweisen, dass es doch nicht wahr sein kann, dass alle in gleicher Weise betroffen sind. Die Folgen sind für die einzelnen Staaten ganz unterschiedlich, für einige sind die Folgen eindeutig negativ, für andere ergeben sich womöglich nützliche Veränderungen. Alle Beispiele, die angeführt werden, um die gemeinsame Betroffenheit zu zeigen, belegen eigentlich das Gegenteil: Jedes Beispiel nennt einen konkreten Betroffenen von einer bestimmten erwarteten Auswirkung. Wenn also klar ist, dass es kein „Menschheitsproblem“ ist, muss man sich klar machen, was es stattdessen ist.

Wenn sich einer beschwert, dass er an der Landsberger Straße zum Wohnen eine schlechte Luft hat, dann ist das in deren Logik nur ein Beispiel dafür, dass die Menschheit bedroht ist, was ja

schließlich keiner wirklich wollen könne. Dann ist nicht mehr der Einwohner an der verkehrsreichen Straße betroffen, sondern die Menschheit. So werden die Leute aufgefordert, sich einer (neuen) Aufgabe, einem gemeinsamen Anliegen, zu stellen: sich Gedanken zu machen, wie man die Menschheit retten kann. Deswegen solle man sich mit allen zusammenschließen und politisch tätig werden, damit diese große Katastrophe ausbleibt. Das ist die Leistung des Gedankens mit diesen Abstraktionen Menschheit und Zukunft. Das sind lauter Abstraktionen, bei denen jede konkrete Schädigung nur als Beispiel vorkommt. Stattdessen werden alle Menschen zusammengeschlossen in diesem übergeordneten Anliegen: Man solle sich um die Rettung dieser Abstraktionen verdient machen.

— *Es ist also der Fehler, den Schaden gar nicht am eigenen Interesse zu messen, sondern umgekehrt das eigene Interesse zurückzustellen hinter das Sorgeobjekt Menschheit oder Zukunft. Damit hat man nicht nur eine gemeinsame Betroffenheit, sondern auch eine gemeinsame Verantwortung.*

In diesem Sinn sind die Politiker als eigentlich Verantwortliche angesprochen, die es aber schuldig bleiben.

— *Sie sind nicht nur verantwortlich, sie sind auch ein Teil der Menschheit. Das ist der Punkt, wo ihnen klar sein müsste, dass sie doch nicht gegen ihr eigenes Interesse verstoßen könnten.*

Wenn alle Menschen betroffen sind, dann kommt diese Menschheit als die Figur vor, die sich der Aufgabe stellen muss, und zwar alle Menschen gleichermaßen. Bei dieser konstruierten Gemeinsamkeit sind Politiker einerseits und (Untertanen-)Menschen andererseits gefragt. Dann ist die Menschheit nicht nur betroffen von der Klimakatastrophe, sondern auch die verantwortliche Instanz, die es zulässt, dass der Katastrophe nicht begegnet wird.

— *Wenn Schüler von der Bedrohung der Erde, ihrer Zukunft reden, dann bringen sie eine ganz allgemeine Schädigung (von Erde und Zukunft) mit ihrer Betroffenheit zusammen.*

— *Das ist genau der Fehler. Bevor sie analysiert haben, worin der (eigene) Schaden besteht, machen sie das Gesamtsorgeobjekt Menschheit auf. Damit hat die Verschiebung weg von der Sache stattgefunden. Sie sind dann bei einem anderen Gegenstand: Bedrohung der Menschheit. Davon ist jeder automatisch Teil.*

— *Aber damit wird über den Hinweis hinweggegangen, dass man von einem vorgestellten Gegenüber auf seine Rede die Antwort bekommt: Es ist meine Zukunft und ich denke mich dabei ganz persönlich geschädigt. Diesen Gedanken hat man in seinen Vorwurf noch nicht eingearbeitet.*

Ich würde diese Schüler gerne fragen: Was befürchtet ihr eigentlich für eure Zukunft? Die Rede von der weggenommenen Zukunft wörtlich genommen, wäre der Konter: Das geht nicht, die kommt von selbst! Es soll aber eine Gefahr beschworen sein. Nur wird nicht mehr benannt, was zu befürchten wäre oder gegen was es zu gehen hat. Zu fragen wäre: Was stört euch? Was wollt ihr vermeiden? Aber wenn einer sagt: Ich fürchte, ich habe keine Zukunft, damit kann man wenig anfangen. Man kann darüber reden: Warum ist es an der Landsberger Straße nicht wohnlich? Woher kommt das? Ist das eine Frage von Zukunft haben oder nicht? Nein, da geht es darum, wie Verkehrspolitik gemacht wird. Man kommt auf verschiedene Schädigungen und Ursachen, verschiedene Kalkulationen, eben darauf, wie es hierzulande zugeht. Aber man kommt nie darauf, dass die Zukunft bedroht sei.

— *Die erste Frage bei der Landsberger Straße wäre: Warum musst du da wohnen? (Das liegt wohl am Geldbeutel.)*

— *Die Zukunft ist in deren Logik die Steigerung des Arguments Menschheit. Dann wird es noch schlimmer.*

Es wird die Logik bemüht: Je größer die Gefahr, desto mehr müssen wir alle uns dahinter versammeln, dass das Klima besser wird. Die Sache soll unwidersprechlich sein.

— *Steckt in dem Titel Zukunft nicht auch noch eine Art Hebel eines Erpressungsverhältnisses gegenüber der älteren Generation drin? Die Jungen verlangen ein Entgegenkommen (bzgl. Klima), weil sie doch die Zukunft sind, um die es geht. Um dem Nachdruck zu verleihen, laufen sie*

freitags während der Unterrichtszeit trotz Schulpflicht durch die Innenstädte.

Sich hinzustellen als die nächste Generation, das als Argument ins Feld zu führen, beruft sich darauf, dass die Erwachsenen, Lehrer etc. alle immer für sich behaupten, sie seien dafür unterwegs, ihren Kindern eine gute Zukunft zu sichern. Sie berufen sich also darauf, wie sie von den Alten als nachwachsende Generation besprochen werden.

— *Dem verweigern sie sich ein bisschen, nicht generell. Sie verweigern sich (nur) an einem Schultag. Das verstehen sie als Hebel, um Druck aufzubauen, damit die Politiker auf sie hören.*

— *Das ist kein Handel und keine Erpressung. Richtig ist zu sagen, dass es eine schlechte Idee ist, sich auf einen Titel zu berufen, den man von der anderen Seite schon kennt, um damit möglichst viel Zustimmung für das Anliegen zu finden. Das Wichtige ist dann das große Ganze der Zukunft unser aller Kinder. Es ist Moralismus. Es ist das Abstandnehmen vom eigenen Interesse, um es in einem edleren, zustimmungsfähigeren Gewand zu präsentieren. Die Seite der Heuchelei ist dabei die unwichtigste.*

— *Darin tragen sie einen extrem angepassten Gedanken vor, wo sie doch gerade protestieren wollen.*

— *Beim Umgang der Politik mit dem Titel: „Wir sind eure Zukunft“ gibt es zwei Möglichkeiten. Merkel sagt sinngemäß: Das ist aber brav, auch wenn es mir lieber wäre, ihr macht das in der Umwelt-Arbeitsgruppe. Dagegen sagt FDP-Chef Lindner bei Anne Will: Die jungen Typen haben von nix eine Ahnung. Wenn so etwas entschieden werden muss, dann von der Wissenschaft (die darf ihre Studien der Politik vorlegen). Das ist gerade die Schwäche der Adresse an die Politiker. Denen wird die Freiheit gegeben, die Sache so oder so zu beurteilen.*

Zur Sortierung: Die eine Frage ist, was die Schüler umtreibt, wenn sie freitags nicht in die Schule gehen. Damit, dass sie sogar Strafen für Schulschwänzen in Kauf nehmen, wollen sie die Dringlichkeit ihres Anliegens unterstreichen. So viel ist ihnen ihr Anliegen wert. So betätigen sie diese Sorte Moralismus, für die Rettung der Menschheit bereit zu sein, eine eigene Schädigung in Kauf zu nehmen.

Ihr anderes Argument war: Es reicht nicht, an die Politik zu appellieren. Man müsse zu der härteren Maßnahme greifen, dass man nicht mehr am Unterricht teilnimmt. Was ist das für ein Mittel? Damit die Politik unter Druck setzen zu wollen, dass sie aktiv werden soll – das ist ein untätiger Akt. Lässt sich die Politik unter Druck setzen, wenn man freitags nicht in den Unterricht geht? Da antwortet die Politik: Engagement gut, aber bitte außerhalb der Schulzeit. Da hat man beide Seiten zusammen, inwiefern es Mittel oder nicht Mittel ist.

Einerseits soll der Titel ‚Zukunft‘ einen dringenden Handlungsbedarf ausdrücken, andererseits auch, dass man zu etwas berechtigt ist. Es geht schließlich um unser aller Zukunft – und deswegen dürfen/müssen wir auch protestieren. Insofern ist der Bruch mit der Schulpflicht legitim. Wenn ihr pflichtvergessen seid, erinnern wir euch mit unserer Pflichtvergessenheit an eure Pflicht.

— *Wenn sich die Jugend darauf beruft: wir sind die Zukunft, berufen sie sich auf das künftige Eingepflanzt-sein als nationale Ressource. Politiker reden über Bevölkerung als das, was sie zukünftig von ihr wollen. Wir als Zuständige sorgen für eure Zukunft, die Zukunft Deutschlands. Auf diesen Moralismus von Bevölkerung als künftiger Ressource berufen sich die Schüler.*

Da muss man zwei Sachen trennen. Die Schüler gehen sicher nicht mit einem Bewusstsein auf ihren Freitags-Streik zu sagen, wir sind bereit, zu allem verwendet zu werden. Aber so wird dieser hohe Titel von den Adressaten sofort gewendet. Die Zukunft müssen wir gestalten.

Den Titel mit der „Zukunft der Kinder, der die Politik verpflichtet ist“ haben sich ja die Kinder genauso wenig selbst ausgedacht wie den von der Betroffenheit der ganzen Menschheit. Die, die ihn sich ausgedacht haben, wissen sehr wohl, was es heißt. Dazu sagt Kanzlerin Merkel wörtlich: „Ich weiß, dass die Schüler/Innen sich manches schneller wünschen, z.B. den Ausstieg aus der Kohle, aber wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes auf der anderen Seite versöhnen.“ So gemahnt sie an den Moralismus: Zukunft bedeutet auch ..., eben für all das verantwortlich zu sein, was die Jugend in der Schule lernt, worum es zu gehen hat.

— Bei den Schülerprotesten ist doch das Anpasslerische enthalten, dass sie den Politikern implizit das Kompliment machen, es geht um die Verantwortung, die eigentlich die Zuständigen haben. Weil die Politik ihre Pflicht nicht tut, müssen sie kompensatorisch die Verantwortung übernehmen. Es ist die Leistung, das eigene Interesse zu delegieren.

Diese „Fridays for Future“-Kinder“ sprechen mit ihren Protesten beide, die Politik und die Menschen allgemein, an: Wir alle sind bedroht; wir Menschen sind verantwortlich dafür, dass das Nötige für den Klimawandel getan wird. Die Politik soll endlich handeln. Aber auch die Normal-Menschen lassen sie nicht in Ruhe, jeder soll bei sich selbst anfangen und nachhaltig handeln: nicht in den Urlaub fliegen, kein Fleisch essen, Rad fahren statt Auto, die Heizung niedriger drehen – weil der ganze Wohlstand auf Kosten der Natur geht. Das wird polemisch gegen jedes Interesse gehalten, weil jedes konkrete Interesse, das nur an sich denkt und irgendwas will, angeblich mit der Gefahr einher geht, sich an der Natur zu versündigen. Da wird alles gleich: Urlaubsflüge sind dasselbe wie Stahlwerke betreiben, bei beiden wird Energie verbraucht, CO2 freigesetzt. Und welche Kalkulationen dahinter stecken, wer, was bewirken kann, ist außen vor.

*

Welche Art Zuständigkeit der Politik wird da reklamiert?

— Die Jugendlichen halten der Politik ihre eigenen Ideale vor Augen. Auch die Kanzlerin sagt ja: „Es gibt nur diese eine Welt“, also müsste es ihr eigentlich auch darum gehen. Also werden die Politiker als Problemlöser und Menschheitsretter angesprochen. Solche Proteste sieht die Politik nicht ungern.

— Was daran auffallen könnte, ist doch: Wenn die Politiker zuständig sind für alles auf der Welt, dann sind sie auch dafür zuständig, was hier alles so passiert an Klima-, Umweltschäden etc.

Das ist das Ungereimte an dieser Wendung an die Zuständigen, dass die nie ins Visier kommen als Zuständige für das, was sie beklagen und an schlimmsten Perspektiven befürchten. Im Sinne von Schuldigen oder Verursachern wird sich nicht an die Zuständigen gewandt.

— Nur in dem Sinn, dass sie es versäumt haben, zuständig zu sein, weil sie zu sehr auf die Autolobby horchen, oder auf andere private Interessen.

— Die Politiker haben das alles vergeigt, weil sie nicht gehandelt haben. Woran das liegen könnte, da stellen sie sich so etwas vor, wie die wären charakterlich mangelhaft, nicht mutig genug, verlagern es in die Persönlichkeit.

— Das sind lauter verkehrte Verplausibilisierungen angesichts des Fehlers, dass man mit dem zurechtkonstruierten Menschheitsproblem Klimawandel auch der ganzen Menschheit eine fiktive Aufgabe geschaffen hat, der sich alle stellen müssen. Die ganze Welt wird bei den Interessen, die sie gerade verfolgt, daran gemessen, ob sie dieser Aufgabe gerecht wird, etwas gegen den Klimawandel zu tun. Politik ist der Bereich, der für die Gestaltung der Gesellschaft zuständig ist: diejenigen, die die Gesetze machen, sich treffen und Klimagipfel veranstalten. Die werden gemessen an dem fiktiven Problem, jetzt müssten sie die Aufgabe Klimawandel lösen. Daran lässt man sie scheitern.

Es ist eine eigentümliche Logik zu sagen, was hier im Argen liegt, liegt nicht daran, dass jemand etwas gemacht hat, sondern dass er etwas unterlassen hat. Die trauen keinem Politiker zu, dass der aus nationalem Interesse am Wirtschaftswachstum heraus mit Umwelt und Natur kalkuliert, wenn er bestimmt, bis zu welchem Grenzwert die Schädigung durch die CO2-Belastung als tolerabel gilt. Da kommt die Politik nie als Instanz vor, die unter dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit zwischen Geschäfts- und Umwelt-/Gesundheitsschutz abwägt, also Schädigungen an Mensch und Umwelt als Resultat davon in Kauf nimmt. Man will nicht glauben, dass die Zuständigen ‚übergeordnete‘ Interessen verfolgen, die für den Rest der Menschheit schädlich sind. Man nimmt sie von solcher Art Vorwurf aus, indem man nicht angreift, was sie machen, sondern dass sie etwas unterlassen. Sie gehören in die Welt der Guten, die eigentlich dafür zuständig sind, die Menschheit voranzubringen und vor Unbill zu bewahren, aber – aus unerfindlichen Gründen (an ihren Interessen kann es nicht liegen) – ihrer Pflicht nicht nachkommen: Sie sind zu zögerlich, schielen auf die Wähler oder sind nur im Interesse der Reichen unterwegs.

— Dagegen muss man den Jugendlichen schon klarmachen, dass sie es mit so etwas Harmlosen, dass Politiker zu faul sind, ihre Pflicht zu tun, nicht zu tun haben. Da kann man sie darauf

hinweisen: *Es ist komisch, sich so an die Politiker zu wenden, denen jede Verbesserung zuzutrauen, aber nicht den Jetzt-Zustand.*

Die sprechen die Politiker an als die Zuständigen, die die Macht haben. Dann sollen sie das aber auch ernst nehmen und das, was einem so tagtäglich begegnet, sich als deren Werk klarmachen.

— *Die können beides denken: Einerseits sind die Politiker, Konzerninhaber etc. dasselbe wie du und ich, und andererseits denken sie das Entgegengesetzte, dass es Verantwortliche gibt für die Zustände, die diese auch verbessern könnten und Normalmenschen, die bei denselben anfragen, bitten, fordern, dass die das ändern.*

— *Wenn die Jugendlichen sich auf den Titel Menschheit verlegen, dann ist klar, was als nächstes kommt: der Katalog von Vorschriften. Da landen sie bei denen, die solche Vorschriften wirklich erteilen können und die Macht haben, darauf jemand zu verpflichten. Dass jemand, der Menschheit ruft, bei Politikern und staatlicher Gewalt landet, ist diesem Anliegen inne.*

— *Er landet auch gleich bei den anderen. Die zudringliche Art, wie sie auf die Mitmenschen zugehen, verdankt sich demselben, dass die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.*

— *Die brauchen ja die Regeln, müssen gesagt kriegen, wo es lang geht; so kommen sie auf die Zuständigen. Die Politik hat die Aufgabe, die Probleme zu lösen, so wird sie gemessen, so wird sich an sie adressiert, sie ist zuständig für das vernünftige Regelwerk, das der ganzen Menschheit beigebracht werden muss. Damit sich hier was bessert. Das ist gelebter Sozialkundeunterricht.*

*

— *In These 6 sind die Argumente verkürzt dargestellt, wenn da nur sinngemäß steht: die Deutschen haben es vorgemacht, wie man auf Klimakonferenzen aus der eigenen Umstellung der Klimapolitik eine Gleichung macht zwischen CO₂-Emissionen und Klimaveränderung. Wie geht genau der Zusammenhang mit der Klimapolitik und der Verpflichtung auf CO₂-Reduzierung, weil man die Konkurrenz auf dem Energiemarkt gewinnen will?*

Die Wissenschaft hat sehr viele andere Zusammenhänge von der Klimaerwärmung und allem möglichen festgestellt. Es wird schon stimmen, dass die massenhaften CO₂-Emissionen etwas mit der Erderwärmung zu tun haben, aber darum geht es hier nicht, der Punkt in der These ist vielmehr das „ins Recht gesetzt“. Die Richtlinien zu bestimmen, darum wird sich in diesen internationalen Konferenzen gestritten. Da kann man als erstes fragen: wieso wird eigentlich gestritten bei dem angeblich gemeinsamen Anliegen, das Klima zu schützen?

— *Die potenten Staaten haben sich aus den Gründen, die die Wissenschaftler für den Klimawandel feststellen, einen ausgesucht. Auf den Klimakonferenzen wird die CO₂-Reduktion thematisiert, weil eine ganze Abteilung Energieversorgung das in Massen ausstößt. So haben sie für ihr Bedürfnis, die Weltenergiefragen zu regeln, eine Umstellung hin zur industriell erzeugten Energie zu betreiben, einen hohen Titel an der Hand. Damit reden die führenden Klimaschutzmächte dem Rest der Welt rein. Auf solchen Klimaschutzkonferenzen fällt ihnen dann glatt ein, einen großen Wald in der 3. Welt im Emissionsrechtehandel als negativen CO₂-Ausstoß zu verrechnen, was dem Klima gar nichts hilft, aber so versucht man diese Abteilung Staaten einzukaufen, damit die auf der eigenen Seite sind in diesem internationalen Geschehen.*

— *Es ist auch eine Lüge, wenn sie immer behaupten: Klimaschutz geht ‚nur gemeinsam oder gar nicht‘. Denn, wenn es nur am CO₂ liegt, dann ist die Einsparung eines jeden Landes ein Beitrag zur Klimaretterung. Da merkt man auch, einfach um Beiträge zum Klimaproblem geht es nicht, wenn man unbedingt alle anderen zum Mitmachen verpflichten muss. Warum gehen sie nicht mit gutem Beispiel voran?*

— *Ist es richtig, dass die Deutschen deswegen gegen die alten Formen von Energieerzeugung, wie der Holz- und Kohleverbrennung sind, was viel CO₂ erzeugt, weil sie den anderen Ländern ihre erneuerbaren Technologien verkaufen wollten?*

Das ist ein Gesichtspunkt. Was ist denn der Hintergrund davon? Wieso ist das Energiepolitik?

— *Es geht doch darum, dass bei diesem wichtigen Grundstoff fürs kapitalistische Wirtschaften eine Umgestaltung erfolgt auf erneuerbare Technologien. Dass überhaupt die Energieversorgung anders gestaltet werden soll, möglichst von Deutschland und Europa aus. Man setzt auf eine grüne Technologie, mit der man selbst unabhängiger wird, seinen Standort versorgen, weltweit Geschäft machen kann und die ausbootet, die das mit fossilen Brennstoffen machen. Das*

beinhaltet viel mehr als Solaranlagen zu verkaufen, es geht um Energieversorgung aus eigener technologischer Potenz mit reproduzierbaren Geschäftartikeln.

Da könnte man aber sagen, damit leisten sie ihren Beitrag zur Verminderung des CO₂: Sie lösen die fossilen Brennstoffe ab durch regenerative Energien.

— Auf die anderen Energiearten verzichten sie ja gleichzeitig nicht. Die „Energieunabhängigkeit“ besteht aus einem „Energimix“, d. h. möglichst alle verfügbaren Quellen lohnend zu benutzen.

Was sollen denn die Konkurrenten leisten für die eigene Kalkulation?

— Die sollen sich auf Klimaziele verpflichten lassen, die es ermöglichen, die neuen Technologien zu entwickeln und auf der Welt zum Verkaufsschlager zu machen. Darüber, dass die anderen einer Begrenzung der Emissionen zustimmen, wird das erst zu einem Geschäftsmittel, sodass Entwicklungskosten sich amortisieren können. Energieumstellung erfordert umfassende technische Planung, Entwicklung, Konstruktion. Das macht die neue Energie erst mal teurer als die bisherigen und die Verwendung ist ein Standortnachteil. Also muss man die anderen verpflichten, sich auch an die Reduktionsziele zu halten.

Ein Standortnachteil ist es, wenn die Energie teurer ist, weil billige Energie ein wesentliches Konkurrenzmittel eines Kapitalstandorts auf dem Weltmarkt ist. Weshalb sind sie auf das Programm verfallen mit allen genannten Erweiterungen; was hat sie an der Energieversorgung mit Gas, Öl, Kohle gestört?

— Die Abhängigkeit von den ausländischen Lieferanten. Nicht das CO₂.

Dagegen ist die ‚grüne‘ oder ‚erneuerbare‘ Energie der Sache nach industriell unter eigener Regie herstellbar. Es muss nur Technologie und Kapital in entsprechenden Mengen verfügbar sein, dann hat man ganz autonom die Energiegrundlage seines Standorts im Griff. Auf dem muss man dann dafür sorgen, dass die alten Energieträger teurer werden und deswegen die neuen konkurrenzfähig.

— Alles, was hierzulande an Energiepolitik läuft, wird getarnt unter dem Stichwort: Rettung des Weltklimas. Wenn man sich die von den Politikern ins Werk gesetzten Beschlüsse ansieht, merkt man, dass es der Sache nach nicht ums Klima geht. Da heißen die Argumente: die autonome Energieversorgung, dann darf Deutschland bei Elektroautos, Batteriefabriken nicht zurückfallen, dann müssen die stillzulegenden Braunkohlekraftwerke erst mal rentabel auslaufen, bevor es weitergeht, usw. Das Klima selbst zählt nie als sachlicher Grund.

Das war wieder die Seite, dass Klimapolitik ein Titel ist für eine Politik. Vorher ging es um den Inhalt der Politik, die unter diesem Titel ins Werk gesetzt wird.

Beim Stichwort Autonomie geht es um eine Abteilung der Volkswirtschaft einer Nation, die die wesentliche Rolle hat, dass davon alles geschäftsmäßig abhängt. Die Energieversorgung ist nicht nur sachlich die Grundlage jeder ökonomischen Betätigung, sondern sie geht auch als Kostenfaktor und wie verlässlich und sicher sie verfügbar ist, in sämtliche Geschäftskalkulationen ein. Deswegen kommt ein Staat überhaupt darauf, Überlegungen anzustellen, wie er diese Energiewirtschaft für sein Land sicherstellen kann. Wenn die BRD sich zum Klimavorreiter erklärt hat und die Minderung von CO₂ auf die Tagesordnung gesetzt hat, liegt dem einiges an politischem Anliegen und politischer Wucht zugrunde. Der Ausgangspunkt ist: der Staat will für sich eine sichere, verlässliche, preisgünstige Energieversorgung sicherstellen und kommt deswegen auf erneuerbare Energien, nicht weil ihn das CO₂ stört, sondern weil ihn dabei andere stören. In jeglicher Hinsicht: die einen Staaten sitzen auf ihrem Öl und wollen die Preise bestimmen und die anderen Staaten, die in gleicher Weise an dem Öl interessiert sind, treten deswegen als Konkurrenten um die fossilen Brennstoffe auf.

Wenn Fragen der Energiebewirtschaftung auf internationalen Konferenzen Thema werden, dann, weil die Staaten um ihre Art der Energieversorgung konkurrieren: Wer da wem in die Quere kommt und welche Regelungen man für das internationale Geschäft mit der Energie für alle Staaten verbindlich (völkerrechtlich abgestimmt) durchsetzen kann oder nicht. Das ist das Thema auf diesen Klimakonferenzen und deswegen ist es auch so strittig: Wie wollen wir (als konkurrierende Staaten) es zukünftig mit der Energieversorgung halten, welche Regelungen wollen wir dafür vereinbaren und wer muss sich da an was halten?

Deutschland wollte sich unabhängig machen von den fossilen Brennstoffen, hat das in eine

Konkurrenzoffensive gewendet und auf die Tagesordnung gesetzt, zukünftig auf regenerative Energien zu setzen, um damit nicht nur die nationale Versorgung sicherzustellen, sondern um diesen neuen Geschäftszweig als global lohnende Geschäftssphäre einzurichten.

— *Aber ist denn Klimaerwärmung wirklich nur ein bloßer Titel, um den sich nur ein paar verrückte Klimaschützer ernsthaft kümmern? Ist es nichts als Energiepolitik, was die Staaten unter diesem Titel betreiben? Die Klimaerwärmung kommt bei denen doch als Sorge vor. Dass es beim Klima ums Geschäft geht, ist klar, aber dass das Agieren der Staaten – die Deutschen versuchen, das als neue Konkurrenzbedingung zu setzen, die USA steigen aus – nichts mit den Klimaveränderungen zu tun haben soll, halte ich für abwegig.*

— *Aber was thematisieren die Staaten auf ihren Klimakonferenzen? Doch nur Energiepolitik. Wenn Trump den Klimakonferenzen Absagen erteilt, dann deshalb, weil er sich in seiner Energiepolitik nichts vorschreiben lassen will. (Im Gegenteil den anderen Staaten deren Energiearten und -lieferanten diktieren will.)*

— *Aber meine Frage ist nach wie vor, ob der Klimawandel überhaupt nicht für die Macher und deren Energiepolitik maßgebend ist, sondern nur ein brauchbarer Titel, den man der Menschheit unterjubelt?*

— *Es ist nicht nur Ideologie, nicht nur brauchbarer Titel: Die Politik nimmt das als Titel – Menschheit, Zukunft etc. – auf; die Wissenschaft beschäftigt sich mit dem Klima und da kommt allerhand heraus. Sie sagt zur Sache: der CO₂-Ausstoß sorgt für Wärme und Gift. Auf der Grundlage wird versucht, etwas zu entwickeln, was Deutschland unabhängig macht und vorwärts bringt, also z.B. aus regenerativen Energien ein Geschäft zu machen.*

— *Dabei sind die Wissenschaftler nicht als Agenten der Politik zur Untermauerung der Heuchelei vom Klimawandel unterwegs, sondern als Wissenschaftler: Sie messen die geschmolzenen Eiskappen nach, die Meeresbiologen messen nach, ob das Plankton mehr oder weniger geworden ist etc. und untersuchen ganz verantwortungsvoll, ob mehr für den Klimawandel getan werden muss.*

— *Aber die Staaten stellen doch fest: es muss etwas getan werden: durch den Klimawandel gibt es Risiken, die Geschäfte verhindern oder verteuern und da müssen wir darüber nachdenken, ob und wie wir gemeinsam diese Risiken senken können. Und dann gibt es von der einen oder anderen Seite immer wieder Vorschläge zur Senkung von CO₂, die aber nicht realisiert werden, weil sie zu verteuern wirken würden. Natürlich geht es um das Geschäft, aber zu sagen, das Klima werde zum Thema gemacht wegen dem Geschäft, halte ich für einen Fehler. Die großen Energieerzeuger wollen sowieso nichts ändern, sie machen doch ihr Geschäft.*

— *Dazu, was die Staaten konkret tun, gab es vorhin ein Beispiel: Sie bauen z.B. Deiche. Die Wissenschaftler haben ausgerechnet, dass das CO₂, das schon in der Luft ist, bis 2050 sowieso dafür sorgt, dass der Wasserspiegel 2 m höher liegt, sie also Deiche bauen müssen. Dafür bräuchten sie keine Klimakonferenzen – die gibt es wegen etwas anderem. Da ist die Bezeichnung: es geht ums Geschäft, ziemlich abstrakt, denn es geht da um die Frage: wie organisieren wir die internationale Energiepolitik und wie machen wir da die anderen zum Mittel?*

Auseinanderzuhalten ist doch: 1. die Wissenschaft, die sich die Phänomene, die sie vorfindet, zu erklären versucht und das Material der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. 2. die Energiepolitik der Staatenwelt: diese hat ihren Ausgangspunkt *nicht* in den wissenschaftlichen Erkenntnissen oder einer gemeinsamen Sorge um das Klima, sondern in der kapitalistischen Staatsräson der Nationen, die eine verlässliche, autonome, preisgünstige Energieversorgung *für sich* (und gegen die anderen Nationen) sicherstellen wollen.

3. weil es um Energiepolitik geht, finden internationale Konferenzen statt, bei denen unter dem Titel „Klima“ darum gestritten wird, welche Bedingungen im internationalen Verkehr sich die Staaten wechselseitig aufherrschen können. Schafft es Deutschland, alle anderen Nationen auf so etwas zu verpflichten wie einen Zertifikatenhandel für CO₂-Emissionsrechte? In der EU hat das geklappt, international nicht.

4. Was hat es mit den Folgen des Klimawandels auf sich? Die Ausgangsfrage war, ob sich die Staaten nicht darum kümmern. Da geht es darum, sich klar zu machen, *wie* sie sich um die Folgen des Klimawandels kümmern. Ein vielzitiertes Beispiel: die Fidschi- und andere pazifische Inseln,

die am Untergehen sind, kümmern sich sehr um die Auswirkungen des Klimawandels, weil der sie existenziell betrifft; planen z.B. Umsiedlungsprogramme, fragen bei Indien an, ob ihre Bevölkerung dort aufgenommen werden könnte, was von denen abschlägig beschieden wird unter dem Motto: Klimaflüchtlinge können wir nicht auch noch brauchen. Kompensatorisch soll dafür ein Fonds eingerichtet werden.

5. Dass sich die jeweiligen Staaten um die Bedingungen der Produktion und der Lebensbedingungen für die Menschheit in ihrem Land unter dem Titel ‚Umweltpolitik‘ kümmern, darf man auch nicht mit Klimaschutz verwechseln. In China kommt man darauf, sich gegen die verpestete Luft zu schützen und setzt auf Elektrofahrzeuge. Das sind die Gesichtspunkte, unter denen sich ein Land um *seine* Bedingungen kümmert, das wird aber gerne mit: ‚Wir kümmern uns um den Klimawandel‘ legitimiert. Jeder Staat kümmert sich um seine Reproduktionsbedingungen, soweit es möglich, d.h., mit dem Geschäft verträglich ist.

Wenn die Staaten sich um derartige Vereinbarungen bemühen, dann ist das eine Konkurrenzaffäre zwischen ihnen – sie streiten sich darüber, welche Bedingungen sie sich wechselseitig für ihren Geschäftsverkehr zukünftig zugestehen oder auferlegen. Natürlich kommen da auch Vereinbarungen zustande, da müsste man sich im Einzelnen anschauen, welchen Inhalt sie haben. Wie das Klima auf den Klimaschutz-Konferenzen vorkommt, ist doch klar: ein diplomatischer Hebel, mit dem eine Nation den Rest der Staatenwelt auf Nützlichkeit für ihre eigene Energiewende verpflichten will.

Wo hat man jemals bei diesen Klimakonferenzen den Maßstab: das Klima darf sich nicht verändern, ins Werk gesetzt gesehen? Welcher Beschluss hat sich daran ausgerichtet? Wenn niemals das Klima der Maßstab für einen dieser Beschlüsse ist, dann wird es wohl auch nicht der Zweck sein.

— *Ich habe die Debatte so verstanden: Es kann ihnen nicht ums CO2 gehen, denn wenn es ihnen darum ginge, gäbe es Maßnahmen, die sie einleiten würden. Weil sie nicht einleitet werden, geht es ihnen nicht ums CO2. Diesen Schluss halte ich für falsch.*

— *Im letzten Klimaprotokoll steht, die Nationen wollen sich verpflichten, was fürs Klima zu tun, aber 1. freiwillig und 2. bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts. Da merkt man an der Art der Beschlussfassung, es geht nicht darum, die 2 Grad Obergrenze einzuhalten.*

Man muss doch der gemachten Politik und ihren Beschlüssen irgendwie entnehmen können, um was es den Staaten geht. Und da merkt man: Es gibt sogar Staaten, die sagen, dass sie sich nicht auf die Klimapolitik einlassen, weil sie nicht wollen, dass in ihre Energie-Politik reingeredet wird, andere sagen: Ihr zerstört unsere Lebensgrundlage, wenn ihr Vorschriften gegen das Verbrennen fossiler Ressourcen macht. Wo ist da der Standpunkt zu bemerken, dass sich das Klima nicht verändert gehört?

— *Die Staaten, die mit dem Zweck unterwegs sind, sich mit ihren Standorten in ihrer Konkurrenz zueinander durchzusetzen, haben es zugelassen, dass gegen die Natur und die menschlichen Ressourcen produziert wird. Angesichts dessen ist es falsch, ihnen zu unterstellen, dass sie sich doch irgendwie um das Klima kümmern würden, weil sie es müssten.*

Wenn Du feststellst: die Wissenschaft hat herausgefunden, dass die Erde wärmer wird – wie und in welcher Art sind kapitalistische Wirtschaftsstandorte vom Klima betroffen? Wie geht das in die Kalkulationen von Staaten ein, die sich um das Wachstum sorgen?

— *Sie merken, das Wetter ist unbeständiger, es gibt mehr Stürme auch hierzulande etc. Dass das CO2 wirklich ein Treibhausgas ist, ist unbestritten, wenn auch nicht die alleinige Ursache. Die Staaten machen sich Gedanken darüber, wie man verhindern kann, dass die Art und Weise des Wirtschaftens das Wirtschaften überhaupt verhindert.*

— *Es wurde schon geklärt, dass die Staaten das Klima unter ganz verschiedenen, manchmal konträren Gesichtspunkten und Interessenslagen aufgreifen und behandeln.*

— *Trotzdem ist das Klima für alle das gleiche Problem. Staaten sind zwar unterschiedlich betroffen, aber doch betroffen.*

Das ist das Problem: Es wird die Notwendigkeit einer Klimapolitik beschworen unter dem Motto: das müsste doch ein gemeinsames Anliegen sein und was konstatiert wird, ist nie der Punkt, wo dieses gemeinsame Anliegen praktiziert wird, sondern es wird dauernd beklagt, dass dieses

Anliegen nicht konsequent verfolgt wird. Das ist der Fall sowohl bei den Schülern, die das gemeinsame Anliegen bei der Politik einklagen und daran verzweifeln, dass das nicht so verfolgt wird, wie sie sich das vorstellen – genauso wie in der Vorstellung, die kapitalistischen Staaten müssten auch etwas gegen den Klimawandel tun und schaffen das immer nicht wegen ihrer konkurrierenden Interessen. Das ist der identische Fehler: dass man denen ein Anliegen unterstellt und wenn man feststellt, darum kümmern die sich nicht, ihnen zwar Versagen vorwirft, aber nicht davon ablässt, dass sie das *eigentlich* tun wollen müssten; so kommt nie das, was die Staaten wirklich machen – unter welchem Titel auch immer – ins Blickfeld. So kommt es auch nie zu dem Schluss, dass sie vielleicht gar nicht die Absicht gehabt haben, sondern eben: sie haben wieder mal versagt – sei es aus Unkenntnis, Gedanken- oder Verantwortungslosigkeit oder (von der Logik her der gleiche Fehler) weil ihnen ihre Konkurrenzinteressen in die Quere kommen.

Thesen – Klimapolitik 2019:

Schlecht gemachte Menschheitsrettung oder imperialistische Energiepolitik?

1. Das vom Klimawandel betroffene Kollektiv namens „die Menschheit“, welches die Klimapolitik angeblich retten will und auch nach Meinung vieler Kritiker der Klimapolitik eigentlich retten soll, gibt es nicht: Die unterschiedlichen und sogar gegensätzlichen Interessen, die im sich wandelnden Klima eine – für manche sogar vorteilhaft – veränderte Bedingung haben, addieren sich nicht zu einer großen Gesamtbetroffenheit.

2. Genauso stimmt das Gerücht nicht, dass ein allgemeines Subjekt „der Mensch“ das Klima verändert und versaut: Wer so redet und sich beschwert, der könnte schon an der eigenen Beschwerde merken, dass es anders sein muss. Der kritisch und protestierend vorgetragene Bedarf nach mehr Rücksicht auf die allgemeinen natürlichen Lebensgrundlagen ist offensichtlich sehr machtlos: welchen Akteuren und Interessen gegenüber? Dieser Frage nachzugehen, wäre vernünftiger, als immer so zu tun, als brauchten „wir alle“ nur mehr guten Willen.

3. Besser wird die Beschwerde auch nicht, wenn junge Menschen im Namen „der Zukunft“ auf die heute Erwachsenen, vor allem auf die Mächtigen unter ihnen, zugehen und sie dazu auffordern, „endlich zu handeln“: Mit dem Verweis auf „Zukunft“ und „Jugend“ kann man sich einerseits jeder Zustimmung und vieler feuchter Handschläge seitens der adressierten Politik sicher sein – und erfährt sofort, dass es doch ganz an den heute gültigen Zwecken und Erfolgsmaßstäben von Politik und Wirtschaft hängt, um was für eine „Zukunft“ es überhaupt geht: eine ohne „Arbeitsplätze“ und „Wachstum“ kommt jedenfalls nicht in Frage!

4. Auffällig ist, dass da moralische Höchstwerte kursieren, die sich nicht die Kritiker ausgedacht, sondern von den Vertretern der wirklichen Politik übernommen haben. Die finden es passend, ihr Tun damit zu schmücken. Aus schlagendem Grund: Sie adeln damit den Anspruch der von ihnen geführten Staaten, über den Umgang mit den natürlichen Lebensbedingungen weltweit zu befinden. Wenn Politiker versprechen, bei allem, was sie tun, an „die Menschheit“ zu denken, dann können sie tatsächlich auf ihre Macht über größere Teile der staatlich sortierten Menschheit und über mehr oder weniger Einfluss auf die Politik anderer Staaten verweisen – auf ihre wirkliche Zuständigkeit eben. Die praktizieren sie jeden Tag. Darum geraten sie ja ganz zu Recht ins Visier des Protests gegen das fortgesetzte Versauen der natürlichen Lebensgrundlagen. Darum ist aber auch klar, dass die beklagten Zustände eben auch Wirkungen der herrschenden Politik und ihrer Zwecke sind, und nicht die bedauerliche Folge von unterlassenen Taten und fehlendem Verantwortungsbewusstsein.

5. Das gilt auch angesichts dessen, dass der Standpunkt, Klima und Klimapolitik seien notwendige und wichtige Themen internationaler Verhandlungen und Vereinbarungen, aktuell ziemlich außer Verkehr gezogen wird. Allen voran die USA, in der Folge aber auch andere Staaten, lehnen es immer deutlicher ab, für eine angeblich gemeinsame Sorge ihre nationalen Vorteilsrechnungen hintanzustellen. Das kommt nicht von einer neuen Verantwortungslosigkeit, sondern daher, dass mit dem „Klima“ die Staaten der Welt noch nie einen Standpunkt jenseits ihrer inter-nationalen Konkurrenz eingenommen haben – die ja auch zu besseren Zeiten in Sachen „Klimapolitik“ immer für viel Streit gesorgt hat.

6. Dieser international ausgefochtene Streit hat sich noch nie um das Naturphänomen namens Klima gedreht, von dem die für den Rest der Menschheit Zuständigen gelernt haben wollen, dass es durch CO₂ versaut wird, weswegen sie sich gegenseitig in ihre Energiebewirtschaftung hineinreden. Umgekehrt: Weil es ihnen aus ganz anderen Gründen um eine Umstellung ihrer Energiepolitik geht, haben sie die Gleichung zwischen CO₂-Emissionen und Klimaveränderung ins Recht gesetzt. Der Anspruch, dass ihnen dabei an-

dere – mindere sowieso, aber auch und vor allem gleichstarke – Industrienationen folgen, kommt nicht daher, dass man das Klima nur „gemeinsam oder gar nicht“ retten kann. Auch hier ist es umgekehrt: Weil sich die nationalen Energiewenden gegen den Rest der Welt als Konkurrenten auf dem Energiemarkt richten, sollten alle anderen auf „gemeinsame Reduktionsziele“ verpflichtet werden – das ist das wirklich Globale an der „globalen Klimapolitik“. – Deutschland hat es vorgeführt –

7. Dagegen es inzwischen mächtigen Einspruch angeführt von Trumps Amerika. Es greift – wiederum aus ganz anderen als klimatischen Gründen – in neuer Weise der Standpunkt um sich, dass die nationale Konkurrenzposition in der strategisch wichtigen Energiefrage nicht zum Gegenstand internationaler Vereinbarungen werden darf, die die eigene Nation unfrei machen. So ist dem aktuellen Konter gegen „gemeinsame Klimapolitik“ zu entnehmen, wie die immer schon gemeint war – als Strategie staatlicher Energiekonkurrenz –, also auch im nachhinein überhaupt keinen guten Glauben an ihre höhere Vernunft verdient. Klimapolitik 2019:

Zitate:

1

Ich will die Führer der Welt nicht um unsere Zukunft anbetteln. Ich werde stattdessen die Menschen auf der ganzen Welt bitten, zu erkennen, dass unsere politischen Führer versagt haben. Weil wir uns einer existenziellen Bedrohung gegenübersehen und es keine Zeit gibt, diesen Weg des Wahnsinns fortzusetzen.

Zitiert nach Quelle:

<https://nachhaltig-in-graz.at/2-advent-rede-von-greta-thunberg-vor-der-un-klimakonferenz-in-katowice/>

2

"Wir müssen Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft auf der einen Seite mit den Zielen des Klimaschutzes versöhnen."

Zitiert nach Quelle:

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_85342326/greta-thunberg-in-hamburg-kanzlerin-merkel-lobt-schuelerprotest-gegen-klimawandel.html